

Auf zur Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar.

Wählerinnen und Wähler!

Die Wahl zur Nationalversammlung steht vor der Tür. Ihr werdet von den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten mit Flugblättern überflutet werden, die Euch Sand in die Augen zu streuen suchen. Wie die Lumpenjammerer finden die Gegner der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands jede Kleinigkeit zusammen, die sich gegen den entschiedenen Sozialismus und die revolutionäre Regierung verweisen ließe, um so die Anhänger und Schöpfer der Revolution, die Befreier Deutschlands vom Monarchismus und Militarismus, durch die Schmutzblätter und Verleumdungen, die sie über sie ausstreuen, in die Verteidigungsstellung zu zwingen und sie daran zu verhindern, die ungeheure Sündenlast, die sich die bürgerlichen Parteien und die mit ihnen verbündeten Rechtssozialisten gegen das Volk haben aufhaken können, loszureißen. Gut doch, der rechtssozialistische „Sozialdemokrat“ es in dieser lumpigen Kleinigkeit vor der Landtagswahl schon so weit gebracht, daß er die kleinen Landbesitzer auf die paar Liter Wein nichtisch zu machen suchte, mit denen die Mitglieder der revolutionären Regierung die Staatskassen heizen, um auf Landeshochzeiten zu fahren.

Natürlich wird auch jetzt wieder, namentlich die alte Sozialdemokratische Rasenpflanzung, einen wahren Lübbelchen Kleintüchlein Annäherung und Bekundung an zu formen stellen, um die eigene Kiefenklau an dem fluchwürdigen Weltkrieg zu verdecken und die revolutionäre Regierung neben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands falsch zu machen.

Da wird den

Kandidaten der U. S. P. D., Merges und Eckardt, vorgeworfen, daß sie dem Spartakusbund angehörten, von einer Nationalversammlung überhaupt nichts wissen wollten, ja sie aufs äußerste bekämpften und jetzt die Stirne hätten, sich als Kandidaten für die Nationalversammlung aufstellen zu lassen. Zunächst sind Merges und Eckardt eingeschriebene Mitglieder der U. S. P. D. und erkennen, auf dem Boden des Erfurter Programms stehend, den Parteibeschluß, an den Wahlen zur Nationalversammlung teilzunehmen, an. Daß Merges und Eckardt und die U. S. P. D. mit ihnen von der Nationalversammlung kein Geil für die Revolution und das Proletariat erwarten, ist eine andere Sache.

Was die bürgerlichen Parteien von der Nationalversammlung erhoffen, das kann niemals das Ziel des entschiedenen Sozialismus sein. Die bürgerlichen Parteien wollen mit der Nationalversammlung der Revolution das Lebenslicht ausblasen.

Mit Hilfe der rechtssozialistischen Elemente, mit denen sie ja auch während des Weltkrieges schon ein Herz und eine Seele waren, wollen sich die bürgerlichen Parteien wieder der Regierungsgewalt bemächtigen, um die bürgerliche Politik aus der Zeit vor der Revolution fortzusetzen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu erhalten, den Kapitalprofit zu sichern, alle neuen Kräfte mit samt der Ver-

zögerung der ungeheuren Schuldenlast wieder allein aus der Arbeiterkraft der Arbeiter zu bestreiten und die erhöhten Arbeiterforderungen durch die Steigerung der Preise auszugleichen. Deshalb fordern die bürgerlichen Parteien schon am Tage nach der Revolution die Nationalversammlung, deshalb nennen sich alle bürgerlichen Parteien demagogisch. Deshalb werfen jetzt Leute, die früher zu den schlimmsten Feinden des freien Wahlrechts gehörten, um Schlagworten um sich, wie: Demokratie, Beilegung des ganzen Volkes an der Macht, Entfesselung des Volksgesanges durch die Mehrheit des ganzen Volkes usw.

Wenn die Rechtssozialisten nun in dieselbe Gasse stoßen und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands davor, daß sie ihre schmerzlichen Bedenken gegen eine vorzeitige Berufung der Nationalversammlung geäußert hat, einen Strich zu ziehen suchen, so ist das weiter nichts, als ein demagogisches Schlammwunder. Die Sandblase für die soziale Revolution müßte die Eiderung der Revolution und die Durchführung der Sozialisierung der Produktion sein. Daß das nur gegen den Willen des Kapitalismus möglich ist, liegt auf der Hand. Die Sache der Revolution in die Hand einer bürgerlichen Mehrheit legen, die zum großen Teil durch die das ganze menschliche Volk verdrängende Elitenpresse des Feudalkapitals zusammengebracht wäre, hieße die Revolution verraten.

Nach die U. S. P. D. ist für das freieste Wahlrecht und die freieste Verfassung; aber eben sie die soziale Revolution einer neu gebadenen, noch ganz von der ungeborenen Macht des Kapitals beeinflussten Nationalversammlung anvertraute, müßte die soziale Revolution gesichert sein.

Daß die soziale Revolution in einer Nationalversammlung gesichert sei, in der die bürgerlichen Parteien, die ganz und gar von kapitalistischen Instinkten geleitet werden, und die Rechtssozialisten, die auf ihrem Parteitag in Würzburg die revolutionäre Tradition abgeworfen und jetzt in Berlin versucht haben, die Revolution im Feuerbühl zu erlösen, die Mehrheit haben, das glaubt kein Mensch. Deshalb kann sich kein entschiedener Sozialist von der Nationalversammlung einen Segen für das Proletariat verheißen. Dessen ungeachtet betritt sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands doch an der Wahl, weil sie allein in dem großen freien Frei der Sanertheit sein und die Rechtssozialisten dazu zwingen kann, mit der Sozialisierung ernst zu machen. Nicht darauf kommt es an, ob ein Betrieb mehr oder weniger reiß für die Sozialisierung ist, sondern darauf, ob es den Parteien Ernst mit der Sozialisierung ist. Den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten ist es nicht ernst damit. Ernst damit ist es nur der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Wer nicht will, daß die Arbeiterkraft wieder in die Ketten und Fesseln der Lohnsklaverei wandert, kann nur die Hilfe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wählen.

Natürlich werden die bürgerlichen und die rechtssozialistischen Flugblätter auch die Bekundung der bürgerlichen

